

Volks-Zeitung

Am 25. April in Versailles.

Die deutschen Delegierten zur Zusammenkunft eingeladen. — Eine Erklärung Wilsons.

Paris, 14. April. (Reuter.)

Präsident Wilson hat heute abend als Wortführer des Rates der Vier folgende Erklärung abgegeben: Angesichts der Tatsache, daß die Fragen, die bei dem Frieden mit Deutschland geregelt werden müssen, ihrer vollständigen Lösung so nahe gerückt sind, daß sie jetzt schnell durch den Endprozeß der Fertigstellung des Entwurfes gehen können, haben diejenigen, welche am längsten über diese Frage beraten haben, beschlossen, anzuraten, daß diese Delegationen, welche am 25. April in Versailles zusammenkommen, mit den Vertretern der assoziierten Kriegsführenden Nationen am 25. April in Versailles zusammenkommen. Dies bedeutet nicht, daß die Beratung dieser Fragen verzögert wird. Man erwartet im Gegenteil, daß jetzt bezüglich dieser Fragen ein schnellerer Fortschritt gemacht wird, sobald man augenblicklich auch erwarten darf, daß die endgültige Einigung erreicht sein werden. Man hofft, daß man in den Fragen, die Italien am unmittelbarsten betreffen, besonders in der adriatischen, jetzt in einer baldigen Verhandlung gelangen wird. Der adriatischen Frage wird zeitlich vor den anderen Fragen der Vorrang gegeben und das skandinavische Problem (continental study) in sein Endstadium gebracht werden. Was speziell zu dem Vertrag mit Deutschland geht, würde auf diese Weise erledigt sein, während zu gleicher Zeit alle anderen Regelungen entsprechend formuliert werden. Es wird anerkannt werden, daß, trotzdem dieses Verfahren eingeschlagen werden muß, alle Fragen der augenblicklichen großen Regelung Teile eines ganzen sind.

Gegen die Sabotage am Frieden.

Aufruf des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Frankreich.

Berlin, 15. April.

Ein französischer Rundpruch Lyon vom 14. d. M. meldet: Der Allgemeine Arbeiterverband, der fast 2 000 000

Mitglieder zählt, hat in Paris Plakate mit folgendem Text angebracht:

„Vom August 1914 bis November 1918 ist uns zu wiederholten Malen gesagt worden, daß wir für das Recht kämpften. Diese Versicherung bedeutete der Friede würde den Völkern das Selbstbestimmungsrecht verleihen und auf allgemeine Abrüstung begründet sein. Das einzige Mittel, das die Liquidation der Kriegsschulden ermöglicht. Die feierlich gemachten Zusagen werden heute gebrochen. Unsere Diplomaten legen uns heute den Plan eines Völkerbundes vor, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist. Die vierzehn Punkte, die wir uns auch zu eigenen machten, wurden von allen Völkern der Erde in ihrer Sehnsucht nach Gerechtigkeit mit Verfall aufgenommen. Die Arbeiterklasse Frankreichs, die der Auffassung, Krieg dem Kriege zu vertausen, erhebt sich gegen die Sabotage am Frieden. Die Völker können nicht ständig zu der Qual verurteilt werden, Abgaben zu leisten, die für den Ausgleich der Rüstungsbudgets bestimmt sind. Der Allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Blockadepolitik, jeden politischen Trud oder jede bewaffnete Intervention, wodurch die Formel der französischen Revolution wirksam wird. Jede Nation hat allein die Macht, sich Geleise zu geben, und das unantastbare Recht, sie zu ändern. Die Absicht, dieses Recht mit Gewalt einem fremden Volke zu nehmen, bedeutet, ein Feind der Menschheit zu werden.“

Der Allgemeine Arbeiterverband ruft die öffentliche Meinung und das Gewissen der sozialistischen Organisation auf, gegen diese Zustände anzukämpfen. Der Allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert dringend den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

Der Raub des Saarbeckens.

Bern, 15. April.

Zur Regelung der Frage des Saarbeckens schreibt die „Humanität“: Wir erwarten mit einem Gefühl von Schrecken und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses historische Verbrechen gutheißt. Falls Wilson nicht doch noch im letzten Augenblick von einer Aufhebung der Empörung fortgerissen wird.

Der Streiktaumel in Braunschweig.

Gegen die Fortsetzung des Generalausstandes.

Braunschweig, 15. April.

Heute nachmittag fand im Schloß eine Sitzung des revolutionären Aktionsausschusses statt, in der darüber beraten wurde, ob der Generalkstreik fortgesetzt werden solle. Für die Fortsetzung des Streiks erhaben sich keine Stimmen. Es wurde beschlossen, am Mittwoch den Generalkstreik abzubrechen, wenn die Beamtenschaft den Dienst wieder aufnimmt und wenn die Arbeiter der sich bereit erklären, die Streiktage zu bezeugen und von Regierungen abzuschließen. Diese Bedingungen lehnen wieder die Beamten und auch die Arbeitgeber zu und weg ab.

Kriegsspech.

Braunschweig, 14. April.

Heute nachmittag wurden durch hannoversche Flieger hannoversche Zeitungen abgeworfen, die unter anderem die Mitteilung enthielten, daß die Truppen des Generals Maerker im Raum um Braunschweig seien. Auf die Flieger wurde sofort ein heftiges Gewehrfeuer eröffnet, das aber nur den Erfolg hatte, daß ein braunschweigisches Flugzeug getroffen wurde, das zur Verfolgung der hannoverschen aufsteigen war. Die letzteren sind unversehrt entkommen.

Braunschweig, 15. April.

Dr. Schöningh in Braunschweig erklärt der „Volksfreund“: Dr. Barth hat den Genossen viele erdrosselt. Der Führer ist gelähmt. Die Mutter des Dr. Barth ist als Geißel festgesetzt. Ferner sind durch Verben von Handgranaten drei Personen getötet und vier verwundet worden.

Eine Mutter als Geißel festzunehmen, ist eine Barbarei, die schlecht zu dem schönen Humanitätsprogramm passen will.

Die Lage in Dresden.

Ein neuer Oberbefehlshaber.

Dresden, 15. April. (L. U.)

Der militärische Oberbefehlshaber Kirchhoff hat folgende Verordnung erlassen: Für den Bezirk Groß-Dresden übertrage ich dem Generalmajor Frotzler die Durchführung und Anwendung der Bestimmungen über den Kriegszustand. Er ist beauftragt, die von mir erlassenen Bestimmungen zu beschleunigen und zu erweitern. Er arbeitet zusammen mit dem ihm zugeteilten Beauftragten der Regierung, Herrn Wägel. Der Nachfolger des ermordeten sächsischen Kriegsministers als Abgeordneter in der sächsischen Volkskammer wird Oskar Meißner sein.

Dresden, 15. April.

Die Wirtschaftsvereinigungen Kriegsbeschädigter Landesverband Sachsen weisen in einem Schreiben an den „Dresdener Anzeiger“ darauf hin, daß sie in keiner Beziehung zu den jüngsten Vorwärtstreffen seien, und daß die Erfüllung der durch den Vorwärtstreffen ausgesprochenen Forderungen nur auf streng parteipolitischen Grundlagen von ihnen angestrebt werden.

Massenverhaftungen in München.

Ungelesene Urteile.

München, 15. April. (L. U.)

Von Seiten der Kommunisten sind am gestrigen Tage Massenverhaftungen von Teilnehmern der von der Regierung Hoffmann zum Schutze der Räteregierung veranlassenen Aktionen vorgenommen. Die Verhafteten wurden vor ein Revolutionsgericht gestellt, das in Permanenz tagt. Die Regierung Hoffmann hat von Bamberg aus eine Note an das Revolutionsgericht gelangt, in der auf die Ungelesetheit der Urteile hingewiesen wird und in der den Richtern schwere Verletzung für den Fall der Niederwerfung Münchens angedroht wird.

Wiederkehr der Vernunft.

Weiteres Abklingen der Streikbewegung.

Essen, 15. April. (L. U.)

Wie die Firma Krupp mitteilt, ist der Streik auf ihren Werken völlig erloschen. Im Dortmunder Bezirk ist die Lage im großen und ganzen günstiger als in den letzten Tagen. Auf der Zeche „Königsborn 3 und 4“ arbeitet die ganze Belegschaft unter Tage. Ebenso wurde auf der Zeche „Glückauf-Bege“ in der Belegschaftsverwaltung mit überwältigender Mehrheit die Wiederübernahme der Arbeit beschlossen. Im Bochumer Revier sprachen sich die Arbeiter in einer Belegschaftsversammlung der Zeche „Heinzregent“ mit fast allen Stimmen für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit aus. Auf verschiedenen anderen Zechen wurde die Arbeit bereits ebenfalls wieder aufgenommen.

Eine Osterbotschaft des Präsidenten.

Wie wir erfahren, wird der Reichspräsident Ebert in der heutigen letzten Sitzung der Nationalversammlung in Weimar eine Botschaft an das Volk verlesen lassen.

Über 30 Milliarden Schaden durch die Blockade. Die im Reichswirtschaftsrat angestellten Nachforschungen über die wirtschaftlichen Folgen der Blockade haben, wie die „Telegraphen-Kompagnie“ erzählt, die Feststellung ergeben, daß die Schäden der Blockade für Deutschland die Höhe von dreißig Milliarden Mark überschritten haben.

Große Streiks in Marseille. Aus Berichten des „Monat-Progress“ geht hervor, daß in Marseille seit mehreren Wochen Streiks herrschen, aber die von der Zensur der Nachrichten unterdrückt wurden. Die Streiks fänden nimmer vor der Veranstaltung. Nächsten Sonnabend soll in den Streikfragen, aber die das Wort nicht mittel, ein Schiedsspruch gefällt werden, dem sich Arbeiter und Arbeitgeber unterwerfen sollen. Die Schiffbauarbeiter, Metallarbeiter und Hafenarbeiter haben sich die Entscheidung jedoch noch vorbehalten.

Staatliche Unruhen in Mailand. Aus Bern wird gemeldet: In Mailand und der ganzen Lombardie fanden Sonntag sozialistische Versammlungen statt, wobei es in Mailand zu heftigen Zusammenstößen zwischen einer vieltausendköpfigen Menge und der Polizei kam, die in einen Einsatz für gedrängt wurde. Die Menge schloß und später von den Soldaten befreit wurde. Der größte Teil des Gerichts über den Vorgang ist im „Avanti“ und „Secolo“ von der Zensur gefahren.

Der Generalstreik der Angestellten in Groß-Berlin beschlossen.

Entscheidung der Obmänner der Groß-Berliner Betriebe.

In Haberkunds Festsaal trafen um 11 1/2 Uhr die Obmänner der Groß-Berliner Betriebe zusammen, um über den Generalstreik der Angestellten zu entscheiden.

Nachdem Rathe von der Zentralkommission die Verammlung eröffnet hatte, erstattete Ingenieur Aufhäuser Bericht über die gestrigen Verhandlungen vor dem Volksgesamtheit. Er erklärte, daß das Zustandekommen der Metallindustriellen, bezüglich des Mitbestimmungsrechtes weiter zu verhandeln, in diesem Sinne zu spät kam. Er führte dann weiter aus, gegenwärtig werde in Weimar verhandelt. Es befanden sich dort die Metallindustriellen und leider auch Vertreter der Bankbeamten. Wir hätten freilich lieber gesehen, wenn die Bankbeamten sich unserem Vorgehen vollständig angeschlossen hätten. Wir wurden ebenfalls aufgefordert, nach Weimar zu fahren, haben jedoch abgesehen. Die Forderung des Mitbestimmungsrechtes wird seit Monaten erwogen, und wenn der Verband Berliner Metallindustrieller in dieser Frage noch immer zu keinem Beschluß gekommen ist, so fehlt es ihm an guten Willen. Wir verlangen kein Mitbestimmungsrecht auf die Produktion, sondern lediglich auf Einstellung und Entlassung. Auch die Forderung des Verbandes, unsere Beschlüsse auf 48 Stunden auszuführen, mußten wir ablehnen. Die Tatsache, daß man in Weimar verhandelt, macht uns mißtrauisch, auch hinsichtlich der Verprechungen der Regierung. Der Volksgesamtheit bleibt mit der Streikleitung in Fühlung und wird uns Mitteilung machen, sobald in Weimar eine Verhandlungsbasis gefunden wird. In den letzten zwei Tagen hat die Streikleitung alle Vorbereitungen für den verschärften Streik getroffen. Der Generalstreik wird bereits in den heutigen Nachmittagsstunden in Berlin sich sichtbar machen. Wir haben von einer Proklamation für das Reich vorläufig noch abgesehen, da wir der Ansicht sind, daß die Regierung jetzt baldigst eingreifen wird. Der Streik bleibt ein Streik der Angestellten. Er muß auch rein wirtschaftlich bleiben. Wir rufen die Arbeiter nicht auf, den Generalstreik in kein Rohnkampf, er bleibt vielmehr auf unsere dezenten Forderungen beschränkt. Diejenigen Betriebe, die sich mit der Herstellung von Gas und Wasser befassen, werden von dem Generalstreik nicht berührt, ebenso auch nicht die Betriebe, die gemeinnützigen Zwecken dienen. Hierauf laut auf Antrag ohne weiteres Diskussion die Abstimmung über den Generalstreik statt, bei der sich die Versammlung mit allen Stimmen für den Generalausstand erklärte.

Die Streikleitung erläßt einen Aufruf

An alle Angestellten Deutschlands:

Der soziale Entschädigungskampf der deutschen Angestellten gegen das Unternehmertum ist entbrannt. Aus einer unerträglichem wirtschaftlichen Notlage heraus haben sich alle kaufmännischen und technischen Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie wie ein Mann erhoben, um sich vor mehrmonatlichen ergebnislosen Tarifverhandlungen endlich eine entscheidende und gerechte Entlohnung zu erzwingen. Die kraftvolle Ausschließung und der ideale Schwung, mit dem die Auslandsbewegung der 50 000 Industriearbeiter vom ersten Tage einsetzte, ward aber auch nur dadurch denkbar, daß es diesmal nicht nur um materielle Werte ging, sondern im Mittelpunkt dieses gewaltigen Kampfes das Mitbestimmungsrecht der Angestellten steht. Es darf künftig nicht von der Entscheidung des Unternehmers allein abhängen, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit über das Sein oder Nichtsein der Angestellten zu entscheiden. Die Massenarbeitslosigkeit, die wir zu beklagen haben, ist vielfach auf die passive Resistenz zahlreicher Unternehmer zurückzuführen, die ohne jede Rücksicht auf die Volkswirtschaft ihre egoistischen Profitinteressen wahren zu müssen. Nach zwölfstündigen unentwegten Kämpfen glauben die Berliner Metallindustriellen, die wir als Schrittmacher des gesamten Unternehmertums ansehen, uns unser Mitbestimmungsrecht immer noch streitig machen zu können. Auch die Reichsregierung, die nach lange Jähren grundrührig unsere Forderungen anerkannt hat, bisher den beharrlichen Widerstand des Unternehmertums nicht brechen können. Die Streikleitung fordert zum Schluß alle Angestelltenverbände, ihre Solidarität zu bezeugen und in den Streik einzutreten.

Die streikenden Bankbeamten beim Reichspräsidenten.

Weimar, 15. April. (Eigener Bericht.)

Die gestern hier eingetroffenen Vertreter der streikenden Berliner Bankbeamten sind gestern abend noch vom Reichspräsidenten Ebert im Schloß empfangen worden. Sie begründeten ihre Forderung, die Regierung möchte eventuell im Wege einer Notverordnung das Mitbestimmungsrecht der Angestellten durchsetzen, um so einer weiteren Ausdehnung des Bankbeamtenstreiks auf das Reich und der damit verbundenen schweren Gefährdung des Wirtschaftslebens vorzubeugen.

Reichspräsident Ebert erwiderte: Es sei psychologisch verständlich, wenn die Unternehmer sich so energisch der Forderung des Mitbestimmungsrechtes widersetzen, denn mit der Durchführung dieses Rechtes werde natürlich der Herrenstandpunkt des Unternehmers zu Grunde getragen. Der Widerstand des Unternehmers müsse aber wohl eher wohl eher abgegeben werden. Die Volkswirtschaft sei enttäuscht, den Angestellten das Mitbestimmungsrecht in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen zu sichern. Sie habe es in wiederholten Kundgebungen und in der unferzeit veröffentlichten Kabinettsbeschlüsse zum Ausdruck gebracht. Lediglich über den einzuschlagenden Weg und über die Formulierung der Bestimmungen könnten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Er nehme an, daß eine Intellektuell-Verständliche Arbeiterbewegung wie die Bankbeamten stellen die Einigung nicht an Fragen der Formulierung scheitern lassen würde und er hoffe deshalb zuversichtlich, daß unter Mitwirkung der Regierung eine Verständigung erzielt werde, die dem Bankbeamtenstreik ein Ende mache und dem Gesamtwohl diene.

Die schon gestern mit dem Ministern Bauer, Landsberg und Erzberger begonnenen Verhandlungen werden heute unter

Mütter.

Ein Berliner Roman von (Herausgeber verboten.)
Gottina Fickler-Gewoldstein.
Copyright by Rudolf Mosse, Berlin SW 1919.
Frieda hatte am Nachmittag einige Stunden gut geschlafen, denn sie hatte sich über ihr verarmtes Aussehen. Aber als sie aufwachte, lag sie im Bett und dachte nach. „Was machst du denn mit mir?“ fragte sie sich. „Ich will nicht mehr so sein wie du bist.“

„Was machst du denn mit mir?“ fragte sie sich. „Ich will nicht mehr so sein wie du bist.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

vereinzelt Käufer und die hübsche Zigarettenkassette, von die die Spitze so hoch in den Himmel ragte. Im Freischlag kamen die Schritte und Schreie, trabe über meinen Vater keine Wertstoffe hatten in ihre Reflex lebte. Der war so hübsch, wenn man bei der Arbeit der Zigaretten und Zigaretten konnte. Die machten Strich mit unierer Sämmen um die Wette. Und Sonntag, wenn die Arbeit ruhte, denn lang ist lang alleine auf uniere Kiste, wenn die Sonne so ufi Korn und Roggen schen. „Du bist ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“
„Du bist ein armes Mädchen.“
„Ja, ich bin ein armes Mädchen.“

Befragung der übrigen Mitglieder des Kabinetts fortgesetzt. Heute vormittag sind auch die Vertreter der Berliner Bankleitungen in Weimar eingetroffen. Sollten die Verhandlungen auch heute erfolgreich bleiben, so droht der Streit am Mittwoch auf die größeren Bankplätze Deutschlands überzugreifen. Die Bankbeamtenorganisationen der in Frage kommenden Städte haben schon entsprechende Beschlüsse gefasst. Auch die Angehörigen der Reichsbank würden sich dem. So versichert die Streikleitung, der Bewegung anzuschließen. Sollte der Reichsminister Koste mit militärischen Mitteln den Streit „erwürgen“, so werde damit nichts gewonnen, 95 Prozent der Angehörigen seien entschlossen, dann zwar im Einverständnis mit der Streikleitung in die Betriebe zurückzukehren, aber passive Resistenz auszuüben. Die Vertreter der streikenden Bankbeamten in Weimar verwarnten sich bei den Verhandlungen mit der Regierung entschieden gegen den Versuch, als stünde der Streit im Zusammenhang mit dem Zusammentritt des Kabinetts. Es handle sich nicht um Forderungen politischer Art, sondern um die Durchsetzung eines Rechtes, das die österreichischen Bankbeamten längst besitzen und auch den Buchführern in ihrem Tarifverträge seit Jahren zugestanden sei.

Der 1. Mai.

Für einen Feiertag der neuen Zeit.

Heute soll die Nationalversammlung über die Festsetzung des 1. Mai zum nationalen Feiertag beschließen. Das Kommando der Mehrheitsparteien, das vorläufig die Erhebung des diesjährigen 1. Mai zum Feiertag zu Ehren der Arbeiterbewegung ins Auge faßt, wird besonders angenommen werden. Denn es ist nicht einzusehen, warum ein neuer Staat nicht einen neuen Feiertag haben soll. Der 1. Mai war von der Sozialdemokratie gefeiert worden als ein Tag der Arbeiterkämpfe für Koalitionsfreiheit und Achtstundentag. Diese Forderungen sind der Weltfriedensvertrag in seinen sozialen Klauseln wahrscheinlich gesetzlich erfüllt. In Deutschland sind sie schon verwirklicht, und darum wäre es rätlich, dem 1. Mai dauernd den Sinn eines Weltfeiertages zu Ehren der Idee des Dauerfriedens und der Völkerverbrüderung zu geben. Die Demokraten sollten entschlossen für einen solchen Antrag eintreten und sich nicht vor dem Gespenst fürchten, das man darin sehen, daß der Tag bisher ein rein sozialistischer Feiertag gewesen ist. Wir wiederholen hiermit nur das, was wir vor mehreren Wochen an dieser Stelle schon einmal zu dieser Angelegenheit gesagt haben.

Heute morgen haben wir erwähnt, daß die Pläne der sozialistischen Einigungszentrale dahin gingen, am kommenden 1. Mai der Welt die vollkommene Wiedervereinigung der Sozialdemokratie zu verkünden. Wir hatten im Anschluß daran unserer Befürchtung, daß an diesem Tage die Luft zwischen den Parteien vielleicht noch größer als bisher sein werde. Ausdruck gegeben und der „Vorwärts“ gibt unserem Pessimismus bereits recht. Er sagt:

Die Sozialdemokratie Groß-Berlins war zur Veranstaltung einer einheitlichen Maifeier bereit, indes sind die darüber von dem Volksgewalt und der Gewerkschaftskommission geführten Verhandlungen an dem partiziparistischen Standpunkt der Unabhängigen gescheitert.
Der heillose Bruderkrieg in der Sozialdemokratie, auf dessen Konto ein gut Teil des in der Revolutionszeit gestifteten Blutes kommt, möge keine schlechte Vorbedeutung für die Aussichten der Annäherungsbestrebungen zwischen den einzelnen Völkern der Welt sein.

Beteiligung der Gemeinden an der Kohlenwirtschaft.

Resolution des Kohlenverbandes Groß-Berlin.

Der „Kohlenverband Groß-Berlin“ stellt uns folgende Resolution zu:
„Die Aufgaben der reichsgesetzlich geregelten Gemeinwohlfahrt können nach dem Sozialgesetz vom 23. März 1919 auch den Gemeinden übertragen werden. Gestützt auf diese gesetzliche Vorschrift fordern die Kohlenverband Groß-Berlin, vereinigte Gewerkschaften Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Lichtenberg, sowie die Landkreise Zehlendorf und Niederbarnim eine Beteiligung der Gemeinden an der Kohlenwirtschaft.“

So wenig verkannt werden darf, daß das Verlangen nach Bewegungsfreiheit des Kohlenhandels die Bedürfnisse des Bergbauers und der Verbraucher entspricht und eine starke Bindung dieser lebendigen Kräfte durch behördliche Organisationen weder erwünscht noch zweckmäßig ist. So berechtigt ist andererseits der Anspruch der Gemeinden, in der Kohlenwirtschaft beteiligt zu werden, und zwar nicht nur, um den mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Kohlen wünschenswerten Einfluß auf die Verteilung dieses Rohstoffes zu gewinnen und ihn der privaten Spekulation zu entziehen, sondern auch im Hinblick auf die für die Gemeinden in gleicher Weise wie für den Staat bestehende Notwendigkeit, sich neue Einnahmequellen zu erschließen.

Eine vorwiegend die Wünsche des Bergbauers und Handels berücksichtigende Regelung der Kohlenwirtschaft würde eine schwere Entlastung unserer Städte unserer Völker hervorrufen, eine zweckentsprechende Eingliederung der Gemeinde in die allgemeine Kohlenwirtschaft dagegen ein unabweisbares Verlangen nicht nur der Bevölkerung, sondern auch der Gemeinden betriebliehen.

Die Form, die den berechtigten Bedürfnissen des Bergbauers und der notwendigen Bewegungsfreiheit des Handels in angemessener Weise Rechnung trägt, den Gemeinden aber die Möglichkeit gibt, Einfluß auf die Kohlenverteilung zu nehmen und Gesinnung zu erzielen, ist das dreigliedrige Zwischenhandelsmonopol, das den Kohlenhandel von der Gemeinde abhängig macht, ihm aber die gewünschte Bewegungsfreiheit und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse des Verkehrs und die Wünsche der Verbraucher gewährt.

Der „Kohlenverband Groß-Berlin“ erwartet von der Reichsregierung, der dies nach dem Urteil von Sachverständigen der Kohlen-, Groß- und Hochhandelspraktisch durchführbaren Vorschläge in einer eingehend begründeten, demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Denkschrift unterbreitet sind, daß bei der Regelung der Kohlenwirtschaft diese Wünsche der Gemeinden Berücksichtigung finden werden.“

Schwindel ist schon in amerikanischen Mehl. Das amerikanische Mehl ist schon in mehreren Groß-Berliner Gemeinden durch den Verkauf und den Gebrauch. Es ist von tadelloser Beschaffenheit und schneeweiß. Verschiedene Händler scheinen das weiße Mehl aber mit anderem minderwertigen Mehl zu mischen und zu allem noch zu erhöhten Preisen zu verkaufen. So sind bei der Berliner Lebensmittelstelle (Abteilung Mehl) die Klagen über angeblich schlechte Beschaffenheit des amerikanischen Mehls eingetroffen. Auch den Magister in Wilmersdorf sind Fälle von unbedeutendem Mehlmischen bekannt geworden. Unter anderem hat nach Klagen, die bei uns eingegangen sind, ein Händler aus der Konstanzer Straße in Wilmersdorf gemischtes Mehl aus ausländischer Mehl abgegeben. Der Magister der Stadt Wilmersdorf hat seit gestern einen sachkundigen Kontrolleur angestellt, der bei allen Händlern die Güte des Mehls, das sie verkaufen, untersucht. Der Berliner Magistrat hat eine besondere Wahlprüfungskommission eingesetzt, die von 50 Männern und Frauen zur Kontrolle des amerikanischen Mehls bei den Kleinhändlern täglich ausfindet.

Die Belieferung der Stadt mit Mehl an den Großhändlern wird heute beendet; es kann demnach jeder Einwohner in dieser Woche sein Quantum amerikanischen Mehls in Empfang nehmen. Wie schon gemeldet, entfällt auf den Kopf der Bevölkerung ein halbes Pfund. Vorläufig ist eine viermalige Verteilung innerhalb eines Monats vorgesehen. Die weitere Ausgabe hängt von den ferneren Eingängen ab.

Im Kampfe mit Einbrechern.

In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr bemerkte der Goldschmied Johann Angerer, daß Einbrecher sich in seinem Wohnhaus Große Frankfurter Straße 115 zu schaffen machten. Er eilte zur Wache des 44. Polizeiregiments und erbat sich dort Hilfe. Als er mit zwei Polizeiwachmännern an den Tatort zurückkehrte, stand vor dem Hause ein Militärkraftwagen, in dem der 23-Jährige alte Werkzeugmacher Kurt Orloff und der 24-jährige Chauffeur Georg Sasse saßen. Um ihre Flucht zu verhindern, blieb einer der Polizeiwachmänner mit vorgehaltener Waffe an dem Auto stehen, während sein Kamerad dem Angerer, der inzwischen mit einem dritten Einbrecher, dem 27-jährigen Instrumentenmacher Willi Schmitt, ins Handgemenge geraten war, zu Hilfe eilte. Schmitt zog sofort eine Drehseifstole und legte sie auf den Beamten an. Dieser kam ihm aber zuvor und streckte ihn durch einen Schuß zu Boden. Die Kugel war dem Schmitt oberhalb des Bedens in den Rücken gedrungen. Man schaffte ihn in dem Kraftwagen nach der nächsten Rettungswache und dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo aber nur noch sein Tod festgestellt werden konnte. Andere Personen, die an dem Einbruch beteiligt gewesen waren, sind entkommen.

Eine Abteilung Soldaten durch Handgranatenerplosion verletzt. Eine schwere Handgranatenerplosion ereignete sich gestern in der zehnten Abendstunde in der Köpenicker-Luisen-Straße Ecke Fiedelsstraße zu Dahlem. Eine Abteilung Soldaten, die aus Treiben kamen, sollte in Dahlem einquartiert werden und wurde auf große Lastautos dorthin gebracht. Als der Führer Stettin vom Automobil sprang, kam er zu Fall und die beiden, in seinem Koppel befindlichen Handgranaten explodierten. Stettin wurde auf der Stelle getötet, während sechs Soldaten schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Schwer verletzt wurden die Soldaten Groß, Wehborn, Richter, Koch, Sakranff und der Wazemannmeister Zeufel. Sanitätskolonnen und der herbeigerufenen Sanitätsrat Dr. Gutsch legten den Schwerverletzten Notverbände an und ließen sie nach dem Garnisonlazarett in Tempelhof bringen. Bei mehreren leicht noch Lebensgefahr. Die Explosion war so stark, daß sämtliche in der Umgebung der Unfallstelle liegenden Fenster Scheiben zerprangen. Dem Militärgericht wurde eine Untersuchungskommission nach der Unfallstelle geschickt. Durch Unachtsamkeit eines Kameraden wurde gestern der Fahrer Anton Hoffmann von der dritten Batterie der Regiment Winterfeld in der Krumpffstraße durch einen Kopfschuss getötet.

Ein der Börse veranlaßte der in Berlin drohende Generalstreik die Spekulation auch heute zur Achtung zu geben. Die Tendenz gestaltete sich aber im ganzen verhältnismäßig fest. Am Wollmarkt stiegen die Aktien des Bochumer Vereins eine Ausbeute von 5 Prozent; die übrigen Werte dieses Gebietes zeigten keine einheitliche Haltung.
Verantwortliche Redaktionen: für äußere Politik: Dr. Erich Marx, Charlottenburg, für innere Politik: Carl Müller, Neukölln; für Kommunalpolitik: Groß-Berlin, Geschäftsleitung und den übrigen Teil: Heinrich Deppen, Heilmann, für die Arbeiterbewegung: Dr. Ernst Thälmann, Berlin, für die Sozialdemokratie: Dr. Ernst Thälmann, Berlin, für die Arbeiterbewegung: Dr. Ernst Thälmann, Berlin, für die Arbeiterbewegung: Dr. Ernst Thälmann, Berlin.
Druck und Verlag: Rudolf Möller, Berlin.